

Dresdener Volkszeitung

Volltextkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1258.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postamt: Dresden, Geb. Arnshof, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Schaumarknungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alte Stadt

Bezugspreis einschließlich Frachtkosten monatlich 4000,— M., durch die Post bezogen monatlich 4000,— M., unter Freigeband für Deutschland wöchentlich 1200,— M., Einzelnummer 200,— M., Sonnabendnummer 200,— M., Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeiten von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareilzeile 400,— M., auswärts 500,— M., die halbspaltige Meliamezeile 1600,— M., auswärts 1800,— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Familienanzeig. Stellen- u. Mietzeile 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 150 R.

Nr. 76

Dresden, Sonnabend den 31. März 1923

34. Jahrg.

Das Osterfest

Wir wissen von Ostern und wir wissen von weissen Ostern. Wenn es jedoch nach dem allgütigen Waischluß der Völkchen gegangen wäre, sollte Deutschland in diesen Tagen einmal blutige Ostern erleben. Welch herrlicher Gedanke für ein böllisches Herz: die Fabriken geschlossen, die Arbeiter gestreut, die Parlamente vertagt, die Presse in Feiertagsruhe, das deutsche Volk in harmloser Bestäubung — und die faschistischen „Selbstschuß“-Truppen im Anmarsch gegen die Republik; die Befestigung Berlins durch Hitler, Wulle und Konforten, indes die übrigen Volksgenossen sich auf Oster-spaziergängen ergehen und nach buntdrucktem Eiern fahnden. Jedoch die republikanischen Behörden fanden das faschistische Osterfest etwas vor dem günstigen Termine, sonst könnte in diesen Tagen die Eierhandgranate zum blutigen Ostereisymbol geworden sein.

Die beherrschende Enthüllung dieser edlen Absichten wird unsere Reaktionsäre und die ihnen freundliche Presse nicht abhalten, ihren Lesern in diesen Stunden salbungsvolle christliche Osterpredigten vorzusetzen. Man wird darin von der Auserhebung lesen können und davon, daß die Erneuerung Deutschlands nur durch die böllischen, deutschnationalen, nationalsozialistischen Götzen kommen kann. Die Weisheit steht schon bereit, um an dre Kreuzigen zu lassen. Hitler, Rupprecht von Bayern, Ludendorff u. Komp. — es sind zwar da drüber etwas zu viel Messias vorhanden und sie sind sich noch nicht ganz einig, wer nun eigentlich der Auserwählte werden soll, aber ein Volk kann schließlich nie genug streitende, rivalisierende Heilande haben...

Diese gegenrevolutionäre Karrenposten des faschistischen Affentheaters rollt sich in unserer jungen Republik nunmehr schon seit reichlich Jahresfrist ab. Man kann gewisse politische Unfähigkeiten des deutschen Volkes aus seiner Geschichte erklären; als mildernder Umstand bleibt, daß es nicht so lange Zeit hatte, einen eigenen politischen Willen und Selbstbestimmungsakt zu entwickeln, wie andre Völker mit demokratisch-parlamentarischer Staatsform. Aber damit wird die Tatsache nicht erträglich, daß unsere Nation heute noch einen lächerlichen Willen zur politischen Unklarheit beweist. Dachte sie in ihren staatlichen Angelegenheiten klarer, wie wäre es dann denkbar, daß sie nach einem militärischen Zusammenbruch ohne Gleichen, nach den Kriegshatkeinfäden der Ludendorff und Konforten, das bankrotte Deutschland zum Kriegslager des unbefriedigten National-unfengschmeißes werden läßt! Man vergegenwärtige sich nur einmal das chamoisfarbene Bild des deutschen Faschismus! Das Ausland flucht, das Ausland staunt, und es war ein sozialdemokratisches Blatt des Auslandes, welches jüngst das weisgarbige Lager zwischen Rhein und Oder also kennzeichnete: „Sie empfehlen sich den Kapitalisten als die Männer, die die Arbeiter mit der Waffe in der Hand in Zucht und Gehorsam zwingen werden, und nehmen das Kapitalisten-geld als Lohn; gleichzeitig empfehlen sie sich den Arbeitern in einer dem Proletariat des Bolschewismus entlehnten Sprache als Befreier vom Parlamentarismus, der nur schwächen, nicht handeln könne, von Bank- und Wörtern- und Kapitalherrschaft. Sie preisen ihren Kriegsschlag mit den Spenden jüdischer Unternehmer und treten als Vorkämpfer gegen das Judentum auf. Sie rufen zum Bürgerkrieg gegen Deutsche und schwächen dabei von deutscher Volksgemeinschaft. Sie versprechen ihren Getreuen, der Niederwerfung der „Marxisten“, der Aufhebung der Diktatur werde der neue Krieg, der Machtkrieg, der Befreiungskrieg gegen Frankreich folgen; und dabei nehmen sie, wie es von ihrer Organisation „Blücher“ erwiesen worden ist, ohne Bedenken das Geld fransösischer Agenten, die dies deutsche Abenteuerium aus gutem Grunde fördern; der französischen Imperialismus braucht ja die Gelegenheit des deutschen Bürgerkriegs!“

Man sollte meinen, auch der Nichtsozialist müßte mit den Händen greifen, daß solches Geschmeiß höchstens den Untergang, aber nie die Auserhebung Deutschlands herbeiführen kann! Was aber tut jener beträchtliche Teil des Bürgertums, der sich im faschistischen Lager stellt? Es verläßt sich auf die „Dürigkeit“, auch dort, wo sie ihre Pflicht nicht tut. Und wie stumpf ist dieses Bürgerium geworden! Es jetzte schon im alten Deutschland nicht viel Kulturwissen, aber heute ist es entweder reaktionär oder es pendelt völlig hilflos und apathisch zwischen den Zeiten. Unter wird es höchstens einmal, wenn Beunruhigung von links droht. Bewaffnete Hitlergardien terrorisieren ganze Ortsteile und Provinzen — das Bürgertum schweigt, von wenigen demokratischen Blättern abgesehen. In München schänden böllische Taten das Menschengeschlecht, indem sie auf offener Straße, die „Ahnprobe“ an jüdisch aussehenden Volksgenossen vornehmen — das Bürgertum zuckt die Achseln und informiert sich über den Dollarstand. Welche Empörung, welche Bewegung vor allem unter den Studenten, wenn linksradikale Fanatiker einmal ähnliche Greuel an ihren

Segnern verüben! Aber auch das kennzeichnet den moralischen Unterschied, der zwischen dem reaktionären Anhang und den Volksteilen liegt, die die Träger der Novemberumwälzung bilden, das auch die schlimmsten Verirrungen der Revolution nicht an die menschliche Bestimmungsgemeinschaft eines gewissen Bestandes heranreichen, das heute hinter Heckenkreuzfahrten marschieren.

Nein, von dieser Seite kann nur Befreiung der Menschlichkeit, nie aber irgendwelche Erlösung kommen. Das Heil unseres Volkes und das Europas liegt heute mehr denn je in der Arbeiterbewegung. Nicht nur der sozialistische Volksstaat der Zukunft, sondern als nächste Etappe auch die Auserhebung Deutschlands zu einem gefestigten, freiheitlichen, republikanischen Staatswesen ist ohne entscheidende Mitwirkung des sozialistischen Proletariats undenkbar. Das weiß Herr Cuno, das wissen die Mächte, die heute am Staatsruder sind und das Reichsamt in einem merkwürdigen Kurse steuern, recht gut. Darum werden sie sich mit den Feinden der Republik auseinandersetzen müssen, oder zwischen Rhein und Oder werden zwei Volksteile gegeneinander rüsten, und es wäre bei der Weiterentwicklung der Dinge im reaktionären Lager mit mathematischer Sicherheit, wie Severing richtig sagt, vorauszuberechnen, wann der Bürgerkrieg ausbricht.

Wir Sozialdemokraten wollen ihn nicht, aber mit Cuno'schen Reden und pastoralen Worten der Reichsregierung allein kommen wir um entscheidene Auseinandersetzungen mit der in manchen deutschen Provinzen zur Landplage gewordenen Gegenrevolution nicht herum. Das blutige Osterfest, das uns die dutschlüsternden Herrschaften zugedacht hatten, ist Warnung übergenug. Goethes philosophierender Doktor Faust kommt am Abend seines Osterpazierganges zu der Erkenntnis, daß im Anfang nicht das Wort, sondern die Tat war. Nun, die politische Tat ist bei uns in Deutschland immer und vor allem am Anfang verpaßt worden. Aber sie kommt, um das faschistische Geipen in seinen Schlupfwinkeln auszutüchern, auch jetzt noch nicht zu spät, nur ist der Zeiger allmählich auf fünf Minuten vor Zwölf gerückt. Die Republik muß sich gegen den rechtsbolschewistischen Dutschismus so oder so durchsetzen! Und welche Form der Kampf auch annehmen mag: es wird sich dabei wiederum zeigen, daß in Deutschland ein anderer als der republikanisch-demokratisch-sozialistische Gedanke nicht massig genug ist, um das Schicksal der Zukunft zu tragen.

Verhandlungsbereitschaft

Keine Bedingung auf vorherige Räumung

Reichskanzler Cuno hat in seinen Mündner Reden allerhand Wendungen gebraucht, als wäre die Reichsregierung zu Verhandlungen über den Ruhrkonflikt nur bereit, wenn vorher das Ruhrgebiet geräumt würde. Die nationalsozialistische Presse hat die Reden in diesem Sinne ausgebeutet. Die Sozialdemokratie hat darauf im Auswärtigen Ausschuss die Reichsregierung gestellt und Klarheit gefordert. Außenminister v. Rosenbergs mag oder soll betont haben, daß es nicht richtig sei, daß die vorherige Räumung des Ruhrgebietes als Verhandlungsbasis von der Reichsregierung gefordert werde, doch ging das aus dem Bericht nicht mit genügender Klarheit hervor. Es blieb nur der Eindruck, die Regierung sei zu Verhandlungen bereit.

Die von der Reichspressen aufgestellte These „Keine Verhandlungen ohne vorherige Räumung“ ist jedoch auch von dem englischen Unterstaatssekretär Mac Neill anlässlich der letzten

Unterhausdebatte als tatsächliche Auffassung der Reichsregierung behandelt worden. Mac Neill erklärte, daß die Forderungen Besenbergs im Auswärtigen Ausschuss eine Einschränkung enthielten, da die deutsche Regierung ausdrücklich erklärt habe, daß die Vorbedingung für eine Lösung, die den Wünschen des amerikanischen Staatssekretär Hughes entspricht, die vollständige Räumung des Ruhrgebietes durch die Franzosen sein müsse. Diese Erklärung im englischen Unterhaus hat insofern eine nützliche Folge gehabt, als die Regierung sich jetzt genötigt sah, über ihre Verhandlungsbereitschaft eine offizielle Erklärung zu erlassen. Durch W. L. P. wird von der Reichsregierung erklärt:

„Wenn der englische Unterstaatssekretär sich so ausgesprochen haben sollte, so ist ihm entgangen, was die Reichsregierung bei ihrer Mitteilung an die fremden Regierungen und der Reichsminister v. Rosenbergs im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages zum Vorschlag des Staatssekretärs Hughes tatsächlich gesagt haben. Bei beiden Gelegenheiten ist keine Bedingung gestellt, sondern unter Hinweis auf die Wichtigkeit und Schwierigkeit des Räumungsproblems die Frage aufgeworfen worden, wie Deutschland Sicherheit dafür schaffen werden könne, daß die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete in einem und vertragmäßige Zustände im Rheinland wiederhergestellt werden.“

Diese Erklärung besagt also, daß die Regierung zu Verhandlungen bereit ist, ohne vorherige Räumung, daß aber das Ziel die Räumung sein müsse und natürlich auch Sicherheit dafür, daß dann tatsächlich geräumt werde. Wir Sozialdemokraten, die wir von jeher betont haben, daß das Ziel der Verhandlungen natürlich die Räumung sein muß, werden die Erklärung der Reichsregierung festhalten und sie daran erinnern, wenn wieder Regierungsmitglieder zweifelhafte Reden schwängen.

Die Deutschnationalen sind über die letzte Regierungserklärung empört. Sie wollen keine Verhandlungsbereitschaft, sie wollen Konflikt und Krieg. Die Deutsche Zeitung des Herrn Dr. Wahrenbrecher war schon ganz in Kriegstimmung, reklamierte Cuno als starken Mann und schimpft jetzt über den „verderblichen Umschwung in der Reichspolitik“. Wir streiten nicht, was „Umschwung“ war, betonen aber das Eine, daß die Sozialdemokratie in scharfer Kampfesstellung zur Cuno-Regierung treten wird, wenn sie den Weg zu Verhandlungen versperrt.

Eine neue Erklärung Poincarés

Das Paris wird gemeldet, daß in der Kammer Herrn Poincaré vom Vizepräsidenten die Fragen vorgelegt wurden, ob er im Ruhrgebiet auf Anträgen absteige oder ob er Verhandlungsvorschläge prüfen werde. Poincaré erklärte: Ich wiederhole, daß wir keinerlei Bedenken zu einer offiziellen oder indirekten Verhandlung annehmen werden. In dem Tage, an dem die deutsche Regierung erkennen wird, daß eine Verlängerung des Überdauers Deutschlands selbst nur schädlich sein kann, an dem Tage, an dem die deutsche Regierung uns, also Frankreich, direkt, oder der Gesamtheit der Alliierten präzise und ernsthafte Vorschläge überbringen wird, werden wir sie in einem Geiste der Gerechtigkeit und Loyalität prüfen. Wir haben keineswegs die Absicht, uns eine einzige Parallele deutschen Vorgesand anzueignen. Aber wir wollen uns nicht mehr durch ein neues Manöver täuschen lassen. Deshalb werden wir die Forderungen gegen Realitäten aufgeben. Wir werden uns aus dem Ruhrgebiet nur in dem Maße und im Verhältnis der erlangten Zahlungen zurückziehen, und diese müssen sich der Gesamtheit der Schäden anpassen.

Der sozialistische Abgeordnete Blum verlangt hierauf vom Ministerpräsidenten, daß er seine Gedanken etwas präziser ausdrücke. Es genüge nicht, zu erklären, daß Frankreich keinerlei Annexionsgedanken habe. Das wissen wir. Was man Frankreich vorweist, ist, daß es auf die Verklammerung der deutschen Einheit abzielt. Man muß die Artikel einer gewissen Presse desavouieren; die einmal von einer Neutralisierung des linken Rheinrivers und dem wieder von der Schaffung eines Pufferstaates spricht. Man muß erklären, daß wir nur im Ruhrgebiet stehen, um dort Reparationszahlungen zu erlangen. — Die nationalsozialistische Rechte erhebt Protest und Tumult, so daß nur mühsam die Sitzung fortgesetzt werden kann. Poincaré erwiderte nichts. Die Budgetminister wurden bewilligt.

Rohbach & Co.

Die Bezirksleitung der Sozialdemokratischen Partei in Leipzig hat, wie schon berichtet, am Dienstagabend beschlossen, einen Sozialdemokratischen Ordnungsdienst zu schaffen, der sich ausschließlich aus Parteigenossen zusammensetzt und dessen Aufgabe ist, die Ordnung bei allen Demonstrationen und Versammlungen der Partei und der Gewerkschaften unter freiem Himmel aufrechtzuerhalten, das Eigentum der Organisationen zu schützen und sich im Bedarfsfalle den Organen der Republik zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich hier also um die Bildung einer Organisation im Rahmen der Partei, ohne Waffen und auf dem Boden der Republik. Es heißt die Defensivität bewahrt irreführen, wenn die Rechte dieser harmlosen Organisation in Vergleich stellt zu der aufgelösten Deutschböllischen Freiheitspartei und sie als Vorkämpfer einer „Roten Armee“ bezeichnet. Die Deutschböllische Freiheitspartei war eine Kampforganisation gegen die Verfassung, sie hatte alle Vorbereitungen zur Verwirklichung eines gewaltsamen Umsturzes getroffen, war im Besitz zahlreicher Waffen und besaß teilweise die Sympathie der Reichswehr, während die Aufgabe des in Leipzig bestehenden Ordnungsdienstes ausschließlich im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei vor sich geht, deren Verfassungstreue selbst die Deutschnationalen nicht anzweifeln werden.

Herrn Wulle dürfte es nicht unbekannt sein, daß in seinem Schreytsch ein Organisationsplan der Deutschböllischen Freiheitspartei gefunden wurde, in dem u. a. der Aufbau des sogenannten „Aktionsbureaus 8 B“ verzeichnet ist. Dieses Aktionsbureau gliedert sich in mehrere Unterabteilungen, und zwar: Schutzorganisation, Saalkampf, Streikterror, Kampforganisation, mobile Truppe, Bewaffnung und Verpflegung. In dem gleichzeitig beschlaggenommenen schriftlichen Kommentar über die Aufgaben des Aktionsbureaus heißt es u. a. ausdrücklich, daß seine Aufgabe ausschließlich militärischer Natur ist und daß es nur rein militärische Fragen oder solche des Bürgerkriegs zu bearbeiten hat. Um diese Bestrebungen nach außen nicht bekannt werden zu lassen, soll inoffiziell der Saalkampf gebildet werden, der offiziell jedoch als militärische Kampftruppe organisiert, ausgerüstet und ausgebildet wird und dessen Zweck zunächst die Vereinigung Deutschlands im Innern und anschließend der Freiheitskampf gegen den äußeren Feind sein soll. Die „Turnerschaften“ der Deutschböllischen Partei wurden aus dem gleichen Grunde gebildet. Wie sich aus Briefen an Rohbach und andre Deutschböllische einwandfrei ergibt, haben sich diese „Turnerschaften“ ausschließlich mit Schießübungen und dergleichen be-